

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG  
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: [https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119\\_19311117](https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19311117)

## Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

### Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:  
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky  
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:  
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -  
Von-Melle-Park 3  
20146 Hamburg  
[auskunft@sub.uni-hamburg.de](mailto:auskunft@sub.uni-hamburg.de)  
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

# Hamburger Echo

Preis 10 A

## Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 317

Dienstag, 17. November 1931

57. Jahrgang

### Zuchthaus für die Nazi-Mörder

„Keine mildernde Umstände für die feige und brutale Tat“

#### Das Urteil und seine Begründung

Montag nachmittag verkündete das Hamburger Schwurgericht, Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Pfeiffer, das folgende Urteil: Es werden verurteilt: Janßen und Hödmair zu je 7 Jahren Zuchthaus, Bammel zu 6 Jahren Zuchthaus, und zwar wegen gemeinschaftlichen vollendeten und versuchten Totschlages, wegen gemeinschaftlich versuchter Mordtötung und wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz.

Die Zahlung einer Buße an Frau Kiel wird abgewiesen. Die Unteruchungshaft wird voll angedreht. Die auf Mord und Mordversuch erhobene Anklage konnte nicht aufrechterhalten werden. Das Gericht kam aber zu der Überzeugung, daß Ernst Janßen und Bammel als erwiesen anzusehen sei. Das Gericht kam ferner zu der Überzeugung, daß gegen den Chauffeur Wolf eine Mordtötung, aber kein Mordversuch begangen wurde. Des Weiteren lag unerlaubter Erwerb und unerlaubte Führung von Schusswaffen bei allen drei Angeklagten vor.

Mildernde Umstände mußten den drei Angeklagten verweigert werden. Mit Waffen versehen waren die drei Angeklagten nach Zellenplan. Jeder mußte, daß der andere Waffen hatte. Hödmair richtete die erste Aufforderung zum Halten an den Chauffeur. Bei der zweiten Aufforderung wurde man bestimmter und drohte mit der Schusswaffe. Alle drei hatten ihre Schusswaffe schußbereit auf den Chauffeur gerichtet. Das Gericht habe aber nicht angenommen, daß die drei den Chauffeur erschließen wollten; denn sie mußten damit rechnen, daß das führerlose Auto an Chauffeurseelen enden würde.

Ereignisse, daß sie zum Schuss abkommend wurden, daß sie auch zum eigenen Schuss Waffen mitnahmen. Daß aber darüber hinaus der Auftrag anders gelaute, hat das Gericht nicht angenommen. Auch liegen keine Anhaltspunkte vor, daß ihnen von der Führerseite Auftrag gegeben wurde, Konflikte zu suchen und wahrzunehmen. Wenn einer gelang habe, man werde am anderen Tage etwas in der Zeitung lesen, so konnte das Gericht nicht annehmen, daß damit Mord und Totschlag gemeint sei.

Was die Ereignisse auf der Hinfahrt und am Orte anbelangt, so konnte das Gericht sich nicht überzeugen, daß die drei Angeklagten Kenntnis von Senning in der Wirtschafft gewonnen haben. Die Aussagen stehen sich hier gegenüber. Die Angeklagten haben gegungen und getrunken; das ist keine Art von Leuten, die morden wollen. Erst im Autobus haben sie sich überzeugt, daß Kommunisten im Wagen waren. Die Schüsse wurden erst auf Senning abgegeben, als er sich dem Wagen näherte. Und das Gericht neigt zu der Auffassung, daß Schirmers Aussage die richtige sei. Über die Widerprüfe und die Erinnerungserklärung geben heute kein klares Bild.

Für die weiteren Vorfälle im Autobus kann den Angeklagten der § 51 nicht zugestanden werden. Die Angeklagten berufen sich auf selbst nicht darauf. Auch Junge konnten nicht annehmen, daß sie hierartig betrunken waren. Pfeiffer hat alle drei erheblich angetrunken waren, besonders Bammel. Sie sind aber auch halb ernüchtert.

Genaue Feststellungen der Vorgänge im Autobus bereiteten Schwierigkeiten. Aber auf Grund der Aussagen der Angeklagten, und besonders die des Hödmair, des Schießfachverständigen, der Zeugin Heßberg, die am nächsten ausstieg, sowie durch die Zeugenaussagen an Senning, an der Frau Heßberg und am Wagen, war das Gericht in der Lage, in festen Umfassen sich ein Bild zu machen, wenn auch nicht jeder Schritt und Schuß historisch einzuzurechnen ist.

Den ersten Anstoß gab jedenfalls Janßen, der sich an Cabnley, den er für Andree hielt, gewandt hat. Dann haben sich Konflikte und Auseinandersetzungen entzogen. Dann ist Hödmair ausgestiegen über hinaus-

### Die Sozialdemokraten beim Kanzler

Energische Maßnahmen gegen ständig zunehmenden nationalsozialistischen Blutterror gefordert

Am Dienstagabend wird zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Sozialdemokratie eine Besprechung über die allgemeine innen- und außenpolitische Lage stattfinden. Die sich fortgesetzt steigende Notlage im Inneren des Reiches und das offen auf einen Bürgerkrieg hinsteuende Auftreten der Nationalsozialisten soll von der Sozialdemokratie zum Gegenstand einer Ansprache gemacht werden, bei der die Sozialdemokratie von der Reichsregierung eine einseitige Erklärung verlangen will, ob sie endlich bereit ist, diesem Treiben energisch entgegenzutreten.

#### Sozialdemokratische Warnung!

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am Sonntagabend in einer Rede in Darmstadt die Reichsregierung auf die schwerwiegenden Folgen einer weiteren Passivität gegenüber dem nationalsozialistischen Blutterror aufmerksam gemacht. Dreißigstündig erklärte unter anderem: Wir müssen in dieser Stunde eine ernste Warnung an die Reichsregierung und an die Länderregierungen richten. Wir fragen ob sie bereit sind, dem Terror der NSDAP ein Ende zu machen, da sonst die Duldungspolitik der Sozialdemokraten gegenüber der Regierung unmöglich wäre. Unsere Solidaritätspolitik sollte dazu dienen, die Republik zu schützen. Sie kann aber nicht bedeuten, daß die von uns tolerierte Regierung das Treiben der SA-Leute und der Nationalsozialisten sichert. Wir erwarten von der Regierung eine abschließende Antwort, ob sie bereit ist, den Kampf gegen den Faschismus mit allen Mitteln aufzunehmen oder ob sie sich dem Nationalsozialismus unterwerfen will. In diesem Falle ist die Gesamtheit der Arbeiterschaft bereit, den ihr aufgegebenen Kampf mit allen Mitteln durchzuführen. Durch den Beschluß der Kommunistischen Partei, dem Terror einzelner Gruppen ein Ende zu machen, ist ein schweres Hindernis zwischen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Deutschlands gefallen.

Diese Rede Dreißigstündigs hat in politischen Kreisen allgemeine Beachtung gefunden. In einem Teil der Presse ist daraus geschlossen worden, daß schon seit längerer Zeit Verhandlungen

zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten geführt wurden und daß ein Zusammenschluß beider Parteien nur noch eine Frage der Zeit sei. Dem Nachrichtenbüro des SPD, das sich mit einer entsprechenden Anfrage an die Sozialdemokratie wandte, ist dazu erklärt worden, daß zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten keinerlei Verhandlungen stattgefunden hätten und daß überhaupt von Verhandlungen von Partei zu Partei weder für die Vergangenheit noch für die unmittelbare Zukunft die Rede sein könne. Dreißigstündigs Rede gehe im wesentlichen auf die Tatsache zurück, daß bei einem beginnenden Bürgerkrieg sich ohne jedes Zutun absolut aus dem Gefühl der Waise heraus eine Überbrückung der Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten anbahne. Wo die Nationalsozialisten als Gegner der Linken auftraten, wie es in Thüringen begonnen habe und in den übrigen Ländern sich fortsetzen werde, händen Kommunisten und Sozialdemokraten in gemeinsamer Abwehrfront nebeneinander. Durch die Antiterrorkoalition des kommunistischen Zentralkomitees sei diese wichtige Tatsache noch deutlicher gemacht worden. Ein solches Zusammengehen brauche keinerlei organisatorische Änderungen und Fraktionen zu haben, so daß auch von parlamentarischen Arbeitsgemeinschaften nicht die Rede sein kann. Ein solches Vorgehen würde auch im Widerspruch zu der offiziellen kommunistischen Parteiparole, den Kampf gegen die Sozialdemokratie, stehen, die die Partei bisher nicht aufgegeben habe. Es würde auch eine vollständige Liquidation der Partei der Kommunisten in den letzten zehn Jahren bedeuten. Wobin allerdings in späterer Zukunft diese Entwicklung einmal führen werde, lasse sich heute noch in keiner Weise übersehen.

Sie waren die Angreifer. Angreifer können sich nicht auf Notwehr berufen. Die Kommunisten waren nicht betraffet. Alle drei Angeklagten haben geschossen. Bammel hat den ersten Schuß auf Cabnley abgefeuert und ihm das Auge verletzt. Der Rest des zweiten Schusses ist unklar. Der dritte Schuß war ein Verfehlen. Janßen hat drei Schüsse im Wagen abgegeben. Ob sie Cabnley oder Senning getroffen haben, ist nicht zu sagen. Zwei Schüsse davon hat Frau Heßberg erhalten. Hödmair hat von draußen fünf oder mehr Schüsse abgefeuert. Vier wurden auf Senning gezielt, drei trafen ihn. Was den ersten Schuß überhaupt abgefeuert hat, spielt keine Rolle. Es ist nicht einwandfrei erwiesen. Das Gericht meint, es war Bammel. Wenn Bammel und Janßen sagen, sie hätten sinnlos geschossen, wenn Hödmair sagt, er hätte in einen leeren Raum geschossen, so glaubt das Gericht diesen Angaben nicht.

Ein Ziel müssen die Angeklagten bei ihrem Schießen gehabt haben, und die übrigen Passagiere konnten sie nicht. Nach objektiver Befund besteht kein Zweifel, daß sie auf Senning und Cabnley gezielt haben. Hödmair wollte, daß Senning hinter der Scheibe stand. Sie haben damit gerechnet, zu treffen und zu verwunden. Das Gericht hat aber einen Wort nicht annehmen können. Es fragt sich, ob sie der Überlegung zugänglich waren. Es ist nachher schwer zu entscheiden, ob der Entschluß zur Tat im Affekt gefaßt worden ist.

Die Ausführung der Tat ist wohl ohne Überlegung geschehen. Aber der Vorstoß ist betrieblig. Einwandfrei ist erwiesen, daß Bammel und Janßen auf Cabnley, Hödmair auf Senning geschossen haben. Hödmair hat selbst gesagt, daß er, weil er trinken das Feuer gehört, geschossen habe. Alle drei mit der Waffe in der Hand haben sich als Parteigenossen feilsch verbunden gefühlt. Keiner der Angeklagten habe zu erkennen gegeben, daß er nicht gemeinschaftlich handeln wollte, auf den Gegner zu feuern, der schußgerecht lag.

Eine Verurteilung wegen Körperverletzung der Frau Kiel und Frau Heßberg hat das Gericht nicht ausgesprochen. Mit einer vorläufigen Körperverletzung haben die Angeklagten nicht gerechnet. Das Gericht hat den Angeklagten für die schwere und feige Tat mildernde Umstände verweigern müssen, obgleich Jugend, Unbescholtenheit, Alibi, politischer Gerechtigkeit als mildernde Momente vorliegen. Die Angeklagten seien gewissermaßen Opfer der heutigen politischen Zustände, Opfer ihrer überhöhten politischen Einstellung. Sie haben auch nicht eigenmächtig und ehelos gehandelt. Aber die Schwere der Tat und die feige Art der Ausführung, wie sie leider alltäglich passieren. Eine Provokation haben sie auf die beiden Kommunisten geschossen, ohne dabei Rücksicht auf die Passagiere zu nehmen, die dabei zu Tode kommen konnten. Die Angeklagten sind auch keine politischen Verbrecher im engeren Sinne, die einen politischen Gegner, den sie für einen Volkseindling halten, beseitigen wollten.

Bei den Angeklagten war lediglich Rache und Wut maßgebend, und alle drei vollführten einen Terrorakt, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann.

### Die Hessen-Wahl

Das Ende des bürgerlichen Liberalismus

SPD. Darmstadt, 16. November.

Die hessischen Landtagswahlen schließen die Reihe der Teilwahlen in diesem Jahre ab. Nach ihnen folgen im nächsten Jahre die Reichspräsidentenwahlen und die Preußenwahlen. Die Hessen-Wahlen zeigen in verstärkter Maße das Gesicht, das sich bei den Länderwahlen der letzten Zeit herausgebildet hat. Da diesmal auch das Zentrum einbezogen ist, ermöglicht die Wahl eine Abschätzung der Wählerstimmung im Reich. Sie hat die politischen Verhältnisse in Hessen vollständig umgefüllt. Der Hessen-Landtag ist nicht wiederzuerkennen. Die Veränderungen sind für den Landtag um so einschneidender, als er noch auf der Parteikonstellation vor der großen Umwälzung der Parteiverhältnisse im Gefolge der Wirtschaftskrise beruhte. Am so schärfer bringt diese völlige Umfüllung der bisherigen Verhältnisse in Hessen die Tatsache zum Ausdruck, daß sich im deutschen Parteiensystem eine Revolution, ein Erdbeben vollzogen hat, und daß diese Revolution noch nicht zu Ende ist. Daraus ergeben sich wichtige Rückschlüsse auf die Verhältnisse im Reich.

Glücklicherweise hat man aus der großen Zahl der Parteien, die bei der Hessen-Wahl aufgetreten sind, die großen Gruppen aus, so ergibt sich ein ganz klares und eindeutiges Bild. Auf der Linken die Arbeiter: SPD, KPD, und die Splittler, die sich von beiden losgelöst haben, auf der Rechten die Nationalsozialisten. 298 000 Stimmen der Arbeiterparteien gegen 291 000 Nazistimmen. Dazwischen stehen das Zentrum mit 112 000 Stimmen und die bürgerlichen kleinen Parteien mit insgesamt 84 000 Stimmen für sieben Parteien. Mit dem Zentrum zusammen also 196 000 Stimmen.

Die bürgerlichen Parteien außer dem Zentrum sind auf den Rang von Splittlerpartei herabgesunken. Gegenüber der letzten Reichstagswahl haben diese Parteien zusammen mehr als die Hälfte ihres Bestandes verloren. Sie haben jetzt noch rund 84 000 Stimmen und haben rund 100 000 Stimmen verloren. Statt des Einbruchs in die marxistische Front haben die Nationalsozialisten aus den bürgerlichen Parteien, voran aus den liberalen Parteien, Kleinhof gemacht.

Diese Entwicklung hat auch vor Hessen nicht halt gemacht. Die Bevölkerung des rhein-mainischen Gebiets zeigte bisher stark liberalen Charakter. Trotzdem ist die bürgerliche Bevölkerung dieses Gebiets in stärkster Maße der Nationalsozialistischen Partei, der Todfeindin des Liberalismus, gefolgt. Leber dieser Entwicklung steht geschrieben: Ende des bürgerlichen Liberalismus. In der Tat zeigen diese Hessenwahlen, daß die überkommenen Ideologen des Bürgerturns vor die Hunde geben. Sie lehren aber zugleich, wo die Ursachen für diese Entwicklung zu suchen sind.

Es gibt gewiß eine Reihe von besonderen lokalen Gründen, die in Hessen mitwirken. Die besondere Struktur des stark agrarischen Landes, der Wahltermin im Spätherbst, der die bäuerliche Bevölkerung stärker als je zuvor an die Wahlurne gebracht hat. Aber das alles tritt zurück hinter der Größe der Bewegung, die sich im Parteiensystem vollzogen hat. Die wirkenden Ursachen waren nicht lokal, sondern allgemeiner Natur.

Auf dem Lande ist es die Revolte des Bauernturns, in der Stadt die Revolte des Mittelstandes gegen die Wirtschaftskrise. Die Unfähigkeit jeder bürgerlichen Existenz, die Wirkung der Notverordnungen, der Steuerdruck und nicht zuletzt die wiederholten Angriffe auf die Einkommensverhältnisse der Beamten, die eine Kürzung der Bezüge als eine Erschütterung der Weltordnung empfanden, das sind die Zuträger für den Nationalsozialismus. Gerade das letztere tritt in kleineren Städten in Hessen, die stärker noch traditionsgebunden sind als die Großstädte und gewissermaßen hinter der Entwicklung herlaufen, viel stärker in Erscheinung als in großen Industriezentren.

Die Abfirmung der Stadt Darmstadt bietet dafür ein repräsentatives Beispiel. In der sogenannten Künstlerkolonie in Darmstadt wurden 720 Hitlerstimmen abgegeben, daneben 80 sozialdemokratische und 40 kommunistische Stimmen. Hier wohnen Künstler, Hochschullehrer, höhere Beamte, der ganze gehobene Mittelstand, der bisher in liberalen Gedankengängen lebte. Die Abfirmung dieser Wohnbezirke der besseren Leute ist symptomatisch. Der heffische Mittelstand hat mit dem ebemaligen Großherzog an der Spitze seine Stimmen für Hitler abgegeben.

Es ist kein Zweifel, daß die soziale Revolte des Bürgerturns! Was wollen diese Kreise? Was ist

### Morgen, am Bußtag

erscheint das Hamburger Echo morgens wie an den Sonntagen.

### Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil: Zuchthaus für die Nazi-Mörder. Die Sozialdemokraten beim Kanzler. Die Hessenwahl. Raketenbogen verhaftet! Englische Barrikade gegen Warenandrang. Solle Zustände in Estlin. Abgang von Friedrich Bartels. Wird Zentrum mit Nazis reagieren? Tagesbericht: Das Geschäft über alles. Die Post über Dienst am Kunden. 60 400 Neubauwohnungen nach dem Kriege. Kunst und Wissenschaft: Galsworthy's „Gesellschaft“. (Altonaer Stadttheater). Aus aller Welt: Neue Zwischenfälle im Impfprozess. Gemerkliche Abweisung des Lohnabbaufriedenspruches in der Eisenindustrie. Arbeit und Wirtschaft: Wie ein Konzern zusammengeschaltet wurde.

### Raketenbogen verhaftet!

Voruntersuchung gegen 5 Schultheißdirektoren

Der in den letzten Wochen im Zusammenhang mit dem Riesenandal bei Schultheiß-Pahenhofer viel genannte Industrielle Ludwig Raketenbogen ist am Montagabend in Berlin in Haft genommen worden.

Diese Maßnahme wird von der Staatsanwaltschaft damit begründet, daß bei Raketenbogens Fluchtverhaftung vorliegt. Raketenbogen wurde dem Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit zugeführt. Es wird ihm vorgeworfen, daß er die Aktionäre bei Schultheiß-Pahenhofer wirtschaftlich geschädigt habe.

Voruntersuchung ist zugleich gegen die Direktoren Tempin, Dr. Sobornheim, Kuhlmeier und Funkle eröffnet worden und zwar, weil sie in einer Aufsichtsratsitzung und in einer Generalversammlung wissentlich falsche Angaben gemacht haben. Bei dem in Frage kommenden Dr. Sobornheim handelt es sich um einen Bruder des bekannten Bankdirektors Sobornheim von der Commerzbank.

#### Die Straftaten

EB. Berlin, 17. November.

Zu der Verhaftung des ehemaligen Generaldirektors der Schultheiß-Pahenhofer AG, Raketenbogen, und der Einleitung der Voruntersuchung gegen die vier anderen Mitglieder des bisherigen Generaldirektoriums, Kommerzienrat Dr. Walter Sobornheim, Rudolf Funkle, Ernst Kuhlmeier und Erich Denzlin, berichtet die Vossische Zeitung, daß die Staatsanwaltschaft fast drei Wochen bemüht gewesen ist, durch Zeugenvernehmungen und Prüfung der Bücher den Sachverhalt zu klären. Sie gelangte zu der Überzeugung, daß Raketenbogen zwar der Hauptverantwortliche sei, die übrigen Mitglieder des bisherigen Generaldirektoriums inforn aber eine Mitschuld trüge, als sie in Kenntnis der Aktienkäufe und in Kenntnis des unvollständigen Abrechnungsprotokolls geschwiegen haben.

Bei der gestrigen Vernehmung formulierte die Staatsanwaltschaft die Verdächtig, die nach ihrer Ansicht eine strafrechtliche Verfolgung verlangen, etwa folgenmaßen: 1. In der letzten Schultheiß-Bilanz seien Forderungen

### Englische Barrikade gegen Warenandrang

Vorläufige Maßnahme bis 100 Prozent Wertzoll

SPD. London, 16. November.

Das erste Zugeständnis, das die konervative Mehrheit der Nationalregierung mit ihrem Drängen auf Schutzzölle erreicht hat, wurde am Montag im Unterhaus vom Handelsminister angeklündigt. Es ist ein Zugeständnis, das den ursprünglichen Wünschen der Regierung zuwiderläuft. Das geht daraus hervor, daß zur Verabschiedung des angeklündigten Gesetzes das Arbeitsprogramm des Unterhauses für diese Woche abgeändert werden mußte.

Der Handelsminister kündigte an, daß das Handelsamt durch ein Gesetz ermächtigt werden solle, auf solche Artikel, die in Erwartung eines englischen Zolls vom Ausland in verstärkter Maße nach England eingeführt werden, einen Zoll bis zu 100 % des Wertes

zu legen. Dieses Ermächtigungsgesetz soll bis Donnerstag verabschiedet und am Freitag vom König unterzeichnet werden. Die Ermächtigung gilt für sechs Monate. Die landwirtschaftlichen Produkte sollen ausgenommen werden, da das Problem der englischen Landwirtschaft gesondert behandelt werden soll. In Aussicht genommen sind in erster Linie Woll aus Ferkelsfabrikate. Der Handelsminister fügte zwar hinzu, daß der Weg zur Wiederherstellung des Exports sei sprach aber feult im Ton der konservativen Pressepropaganda von den ausländischen „Dumplings“, dem gesteuert werden müsse.

Es bleibt abzuwarten, ob der Handelsminister bei der Anwendung seiner Vollmacht die ausländische Einfuhr ebenso feultlos, als Dumping betrachtet wird wie die erwähnte Presse.







Tages-Bericht

Hamburg

Das Geschäft über alles

Kaß die Vorderseite nicht wissen, was die Rückseite tut! Der Ausgang der Dessen-Wahlen hat in der gesamten Presse...

Die Parole der Hamburger Nachrichten ist also neuerdings: weg mit den Deutschenationalen, sie müssen im Kampf...

Der Freundschaftsbericht der Hamburger Nachrichten über die Zermalmung des Bürgerturns zwischen rechts und links ist nicht...

Das Geschäft über alles! Das ist die einzige Richtlinie, nach der am Speersort noch gearbeitet wird. Politische...

Villa im Fürstentum Liechtenstein Ein schöner Landsitz in prachtvoller und klimatischer günstiger Lage...

Fürstentum Liechtenstein ist das Eldorado für alle Kapitalbesitzer. Dort kann man für 20 000 M einen Paß bekommen...

Winterhilfswerk in Barmbeck-Nord Am Freitag, in der Zeit von 9 bis 2 Uhr, findet im Stadteit Barmbeck-Nord eine Geldsammlung von Haus zu Haus...

60400 Neubauwohnungen nach dem Kriege

Krise und Wohnungsbau / Das vordringliche Problem der Mieteshöhe

Ungewisse Zukunft

Die Hamburgische Beleihungskasse für Hypotheken legt ihren Bericht für das Geschäftsjahr 1930/31 vor. Wir erinnern uns, daß schon dieses Jahr allgemein und insbesondere für den Wohnungsbau ein Jahr gesteigerter Krise empfunden wurde...

Mit dem Abschluß des Jahres 1930 sind in Hamburg seit Kriegsende insgesamt 60 400 Neubauwohnungen unter Förderung durch die Beleihungskasse erstellt worden.

Das ist eine ungemein respektable Leistung, deren soziale und städtebauliche Bedeutung allen denen bewußt wird, die in den neuen Stadtvierteln Hamburgs wohnen oder die diese neuen Viertel gesehen haben.

Auf das Jahr 1930 entfallen 9947 Wohnungen, die aus hamburgischen Mitteln befohlen worden sind. Hinzu kommen 620 Wohnungen, für deren Errichtung das Reich die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt hatte...

reichen Wohnungen mit 60 % und 1879 Wohnungen mit 40 % und weniger der Baukosten befreit worden. Die Durchschnittssumme der Beleihung betrug für die aus hamburgischen Mitteln mit 45 % bezuschuligten Wohnungen 5060 M...

Zudem wurden 333 Einfamilienhäuser befohlen und auf Antrag der Finanzdeputation aus öffentlichem Interesse 1377 Wohnungen in der Beleihung bevorzugt.

Die Baukosten haben im Berichtsjahr eine Senkung erfahren, die zunächst auf das Sinken der Baupreisliste zurückzuführen ist. Zu Beginn des Berichtsjahres anerkannte die Beleihungskasse als Baupreise 32 bis 32,50 M je Kubikmeter...

Die Gesamtförderung der im Berichtsjahre aus hamburgischen und Reichsmitteln erstellten Wohnungen betrug 127 429 600 M.

Davon entfallen auf erste Hypotheken rund 53,3 Millionen Mark, auf die Eintragung von Restschulden etwa 4,8 Millionen Mark...

Die relative Höhe der Zinsen bedingte auch für das Jahr 1930 eine entsprechende Mieteshöhe. Ein Sinken der Mieten als Folge der gesunkenen Baukosten wird sich erst im Jahre 1931 bemerkbar machen.

Aus dem Bericht der Beleihungskasse interessiert nach noch eine Betrachtung über die Vermietbarkeit der Neubauwohnungen.

baubehalten. Mit dem 31. Dezember 1930 als Stichtag wurden Erhebungen angestellt, nach denen von den mit 45 % bezuschuligten Wohnungen 2,2 % und von den mit weniger als 40 % bezuschuligten Wohnungen 4,9 % leer standen.

Die gemeinnützigen Gesellschaften unter Staatskontrolle erstellten 2530 Wohnungen, von der Beleihungskasse anerkannte Bauunternehmungen 2643 Wohnungen; auf private Bauherren entfielen 3748 Wohnungen.

Außerdem wurden 333 Einfamilienhäuser befohlen und auf Antrag der Finanzdeputation aus öffentlichem Interesse 1377 Wohnungen in der Beleihung bevorzugt.

Der Bericht stellt dann noch fest, daß für die Erhaltung gefährdeter alter Wohnräume 456 845 M aufgewendet worden sind. Seit 1924 sind für diesen Zweck nunmehr rund 4 Millionen Mark ausgegeben worden...

Es wird also auch zukünftig erwünscht sein, öffentliche Mittel für den Klein- und Kleinstwohnungsbau bereitzustellen.

Die Aufgabe der Beleihungskasse wird in den nächsten Jahren wesentlich auf die Erhaltung und Betreuung der mit ihren Mitteln befohlenen Wohngrundstücke und der Beleihungshypotheken gerichtet sein müssen.

Der Bericht schließt mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, den Wohnungsbau nicht völlig erliegen zu lassen. Zahlreich sei in ihm von Regierung und Parteien das beste Mittel zur Belebung der Wirtschaft gegeben worden.

Wir sagten bereits einleitend, daß es die ungewisse wirtschaftliche Entwicklung und das ungewisse Schicksal der Hauszinssteuer sind, die es unmöglich machen, über die Zukunft des Wohnungsbaues ungewibte Feststellungen zu treffen.

Gebietlich tut sich hier die Notwendigkeit einer Mietensenkung auf.

Sie ergibt sich zwangsläufig nicht nur aus der großen Arbeitslosigkeit, sondern ebenso aus den starken Lohnsenkungen, von denen alle Arbeitnehmer betroffen sind.

So sehr Johann der Bau von weitem Klein- und Kleinstwohnungen erforderlich ist, so sehr hängt auch er davon ab, ob

Die Post übt Dienst am Kunden

Wesentliche Verbilligung der Gebühren im Fernsprech-Kundendienst

Die Gebühren für den Fernsprechkundendienst haben sich dank betrieblicher und technischer Maßnahmen wesentlich ermäßigen lassen. Der Hauptnutzen des K.D. Dienstes liegt für den Fernsprechteilnehmer in der Sammlung aller Anrufe, die während der Abwesenheit für sie eingehen.

Wenn der Fernsprechteilnehmer nicht mehr 2 M, sondern nur noch 20 Pf neben den sonstigen Gebühren erheben.

Ferner fällt die Auftragsgebühr von 50 Pf für längere Mitteilungen (bis 20 Wörter) künftig fort. Es soll verbilligt werden, auch für längere Mitteilungen, deren Umfang jedoch auf etwa 30 Wörter beschränkt ist.

Die hauptsächlichsten Gebühren sind hiernach also künftig folgende: 1. Annahme des Auftrags eines Teilnehmers, Rufnummern und Namen oder Mitteilungen von Anrufern für ihn zu sammeln oder den Anrufern Mitteilungen zuzusprechen, 20 Pf.

wenn alle Anrufe abgefangen werden (Umschaltung) 40 Pf. — 2. Annahme eines Auftrags, andere Teilnehmer anzurufen und ihnen Mitteilungen zuzusprechen, 20 Pf. — 3. Anfragen, ob Mitteilungen vorliegen, 10 Pf. — 4. Zusprechen von je drei Rufnummern und Namen oder von einer Mitteilung durch die K.D. Stelle 10 Pf. — 5. Wenn von der K.D. Stelle auftragsgemäß Orts- und Ferngespräche geführt, Telegramme aufgegeben oder Briefe abgehandelt werden, die bestimmungsmäßigen Gesprächs-, Telegramm- oder Briefgebühren.

Mit diesen Minderungen dürfte nunmehr allen berechtigten Wünschen Rechnung getragen sein. — Um die Kundendienststelle zu erreichen, wählen Selbstanschlussteilnehmer die Nummer 04, Sondernamensnehmer verlangen einfach Fernsprech-Kundendienst.

Für Freitag, 20. November, vormerken!

Erhard Auer, München, spricht bei Sagebiel!

„Deutschland vor dem Zusammenbruch?“ Das ist die brennende Frage des Tages. Arbeiter Hamburgs! Hört den Führer der bayrischen Sozialdemokratie!

Eintritt: 50 Pf., Erwerbslose 30 Pf. — Für Parteimitglieder: 30 Pf., Erwerbslose 10 Pf. Karten in den Echo-Buchhandlungen, Vorverkaufsstellen und bei den Parteifunktionären

Mache frisch und halt' gesund Zähne, Mandeln, Hals und Mund mit Odol

Für neu erscheinende Bezüge werden die bereits erschienenen Kapitel dieses Romans auf Wunsch kostenlos nachgeliefert.

So macht man Dollars Roman von Upton Sinclair

Lulu Belle war friedlich und heiter wie immer; lächelnd, scheinbar glücklich, nahm sie seine Ermahnungen bereitwillig hin — wie immer. Seinen Sorgen begegnete sie mit großer Teilnahme, sie ließ sich alle Einzelheiten erzählen und bemühte sich sehr, sie zu verstehen.

Auch den jungen Gerald Lyncom mußte Jed zuweilen sehen. Er kam zwei- bis dreimal ins Haus, oder Jed traf ihn im Landklub, wenn er Lulu Belle abholte. Gerald im Abendanzug mit gebähter Hemdbrust und schwarzen Worten an Rock und Hose; Gerald in einer Emmitshose von fiedelosen Flanell und einer gestreiften Jacke!

den Lippen oder den Wangen seines Weibes sah. Wie kommt es nur, daß unserer Einbildungskraft die Rasse anderer Männer weniger angenehm erscheinen als unser eigenes Benehmen in ähnlicher Situation? Jed dachte nicht darüber nach, er beschränkte sich darauf, den jungen Gerald mit seinen leichten Studentenmanieren und seiner literarischen Romancesation zu blicken.

Eine andere und ebenso sonderbare Angelegenheit: diese Sache mit dem Detektiv! Der Mann war mit den besten Empfehlungsschreiben in den Ratonab-Landklub gekommen und ein anerkanntes Mitglied der „Smarten Blase“ geworden. Jed mußte sich ihn vorstellen lassen und mit ihm plaudern; dann eines Tages wurde der Rekl zu den Macys eingeladen, und Jed mußte ihn empfangen!

Wie hatte so ein Burche bloß angefangen? Die erzählte Jed die Lebensgeschichte Percy Merrimans, des Sohnes eines Ziegelstreichers. Dank seiner abnorm entwickelten Schulter- und Rückenmuskeln hatte er die höhere Schule und eine große Universität im Wesen absolviert.

oder vielleicht dem feineren Alkoholschmuggel zu. Dieser Percy aber war aufgefordert worden, seine gesellschaftlichen Gaben zur Verpfehlung der erottischen Verirrungen der Reichen zu verwenden. Eine bequeme und gemächliche Lebensweise: fünfundsiebzig Dollar täglich und die Speisen, einschließlich eines Automobils und des Allerbesten, was die Welt an Essen, Kleidung und Wohnung zu bieten hat!

Jed Ruher hielt Konferenzen mit Abe Silberman ab. Kein Zweifel, Jed hatte die gesetzlichen Vorschriften, wie sie in den Statuten festgelegt waren, verlesen. Die Tatsache, daß tausend andere Bankiers und Geschäftsleute daselbe Gesetz übertreten hatten, würde von den Geschworenen kein geeignetes Argument sein, und ebensowenig der Umstand, daß er nur deshalb unter den tausend Gesetzesübertretern ausgewählt worden war, weil bestimmte mächtige Petroleum-Unternehmer und Finanziers ihn als einen gefährlichen „Aufseher“ aus dem Geschäft verdrängen wollten.

Mit dem Staatsanwalt war nichts anzufangen. Erstens war er eine Kreatur Sanderjons, und zweitens ging es ihm nicht so sehr um das Geld als um die politische Karriere; er hoffte — auf Grund seiner Aktion gegen Jed —, Richter oder sogar Staatsgouverneur zu werden. Nein, sagte Abe Silberman, es stünden nur zwei Wege offen: der eine, ein Alibi zu „konstruieren“, und der andere, die Geschworenen

zu „bearbeiten“. Der vorsichtige Anwalt war der Meinung, daß es in diesem gefährlichen Fall klüger wäre, beide Methoden anzuwenden.

Jed hatte selbstverständlich niemals vorgehabt, sich des Meineids und der Verletzung schuldig zu machen. Aber was sollte er tun? Seine Feinde hatten ihn in eine Klemme gebracht und würden ihn zugrunde richten, wenn er sie nicht mit ihren eigenen Waffen bekämpfte. Der biedere Anwalt befähigte seine Strudel; man mußte sich an die Spielregeln halten, und es sei eine alte Sitte, daß ein reicher Mann, wenn er in eine Klemme gerät, sich seinen Ausweg erkaufe. Ja, wenn man die Situation richtig überlegte, müsse man einsehen, daß es anders auch gar nicht anständig wäre. Die Geschworenen seien arme Teufel! — wer sonst würde sich für die Summe von drei Dollar im Tag in einen vollgepfropften Gerichtssaal setzen und in der schlechtesten Luft fast ersticken? Und warum sollten denn diese Teufeln sonst arbeiten? Fordere nicht der gesunde Menschenverstand, daß der Geschworene, der ein menschliches Interesse für Jed empfand und ihm aus seinen Schwierigkeiten half, eine Belohnung für seine Dienste erwarten dürfe?

Natürlich würde ein alterfabrerer Anwalt wie Abe Silberman es nicht riskieren, einem Geschworenen Geld zuzustehen. Aber es gab genug andere Leute, die das befohlen, und Abe kannte ihre Adressen und hatte sie bereits in den schwierigsten Lagen erprobt. Kurz, es war das ein besonderes System, genau so wie jene Systeme, mit deren Hilfe man seinen Gin oder Whisky für die Abendgesellschaft bekommt, oder Telephonleitungen anzupfen, Telegramme kopieren und Papierkörbe durchsuchen läßt, um den Maßnahmen seiner Feinde auf der Spur zu bleiben, — oder aber seiner Frau einen Detektiv nachschickt, wenn man vermutet, daß sie einen hübschen jungen Burchen in mondhellten Nächten im Garten des Landklubs küßt. (Fortsetzung folgt.)







Arbeit und Wirtschaft

Schultheiß-Patenhofer-Ostwerke

Wie ein Konzern zusammengeschachtelt wurde

Anorganische Verklüppelung — Kagenellenbogens Kursgarantiegeschäft — Der Kranke reizt den Gesunden mit

Der Zusammenbruch des Schultheiß-Patenhofer-Ostwerke-Konzerns lenkt das Interesse auf die letzte Zusammenfassung dieses Konzerns, die im folgenden Artikel näher untersucht wird.

Der Schultheiß-Ostwerke-Konzern ist ein typisches Beispiel für das System der Verklüppelung und überhöhten Konstruktionskunst, das mehr und mehr der heutigen kapitalistischen Wirtschaft ihr Gepräge gibt.

Die größten deutschen Unternehmungen sind Aktiengesellschaften. Diese Unternehmungsform ermöglicht es, im weitesten Umfange mit fremdem Geld als Stammkapital zu arbeiten. Die einzelnen Geldgeber sind zwar an der Gesellschaft beteiligt, doch haben sie praktisch nichts zu sagen. Denn jede Aktiengesellschaft wird von dem beherrschten, der etwas über 50 % aller Aktien besitzt. Die Minorität ist ihm auf Geheiß und Verbot ausgeliefert. Aber auch ein fünfzigprozentiger Aktienbesitz ist dem Unternehmer wegen der großen Kapitalintensität der heutigen Unternehmungen noch zu viel. Er wünscht seinen Aktienbesitz unter 30 % senken zu können, und noch die Alleinherrschaft über das Unternehmen zu behalten. Diesem Streben dienen die Vorzugsaktien, die auf den gleichen Nennbetrag ein vielfaches Stimmrecht der Stammaktie auf der Generalversammlung gewähren. Beliebter als Vorzugsaktien ist aber noch ein anderes System, die Gründung von Söldinggesellschaften (Dachgesellschaften).

Besitzt man in einer Aktiengesellschaft mit 100 Millionen Mark Stammkapital 60 Millionen Mark Aktien, so gründet man eine Söldinggesellschaft, natürlich als Aktiengesellschaft, mit mindestens 60 Millionen Mark Stammkapital. Dieser Gesellschaft übergibt man sein Aktienpaket. Von den 60 Millionen Mark Aktien der Söldinggesellschaft braucht man jetzt nur etwas über 30 Millionen Mark, um die Gesellschaft zu beherrschen, und über die Gesellschaft auch die alte Aktiengesellschaft. Man bekommt dann noch fast 30 Millionen Mark für andere Zwecke frei.

Se fördert die Gründung von Söldinggesellschaften fortgesetzt wird, mit desto weniger Aktien kann über gewaltige Kapitalmengen verfügt werden.

Es wäre der Fall denkbar, daß 1 Million Mark genügt, um 100 Millionen Mark zu beherrschen, da bei raffinierter Verklüppelung diese Summe zur Söldung der „Mehrheit“ genügen würde.

Nachstehend geben wir eine Skizze über den Aufbau des Schultheiß-Ostwerke-Konzerns.

Die vor einem Jahre erfolgte Fusion von Schultheiß-Patenhofer Ost. und der Ostwerke Ost. war kein ganz freiwilliges Engagement. Vielmehr hat die Ostwerke Ost., die schon 35 % der Schultheißaktien besaß, der Danatbank und der Commerz- und Privatbank den Auftrag gegeben, zu einem garantierten Kurs für 14 Millionen Mark weitere Schultheißaktien aufzukaufen. Durch diesen Kauf, der mit gewaltigen Verlusten abschloß, erzwangen die gefährdeten Ostwerke die Fusion (den Zusammenschluß) mit dem gesunden Schultheiß-Patenhofer-Konzern. Dieser Fusion ging allerdings ein jogenannter Interessengemeinschaftsvertrag aus dem Jahre 1921 voraus, in dem beide Gesellschaften sich verpflichteten, ihre Gewinne und eventuellen

Verluste zusammenzuwerfen und nach einem bestimmten Schlüssel unter sich zu verteilen.

Beim Abschluß der Fusion im letzten Jahre verfügte der Schultheiß-Konzern nur über Brauereien und verwandte Betriebe.

Die Ostwerke Ost. hingegen war eine reine Söldinggesellschaft.

Sie besaß neben einer Beteiligung von 35 % des Kapitals der alten Schultheiß-Patenhofer-Brauerei Beteiligungen zwischen 30 und 100 % des Kapitals an der Norddeutschen Seldingindustrie AG., an der Vereinigten Portland Zement- und Kalkwerke Schimmsow AG., an der AG. für Glasindustrie vom. Fr. Siemens, an der Schlesischen Maschinen- und Eisenbau AG., an der H. Flöther Maschinenbau AG., an der G. F. Eckert Berlin, an der H. S. F. Eckert, an einigen kleineren Gesellschaften. Dabei ist zu beachten, daß alle diese Unternehmungen schon Zusammenfassungen anderer Betriebe sind; also bereits das Ergebnis einer Reihe von Fusionen. Die Norddeutsche Seldingindustrie AG. beispielsweise ist das Konzentrationsergebnis von 9 bisher selbständigen, nicht unbedeutenden Unternehmungen. Die Portland Zementwerke Schimmsow sind wieder eine reine Söldinggesellschaft. Sie besitzen 70 % der Aktien der Schlesischen Portland-Zement-Industrie AG., Oepeln, und diese wieder ist Majoritätsbesitzerin der Sächsisch-Schüringischen Portland-Zementfabrik, Päßling & Co. Außerdem ist die Schlesische Portland-Zement-Industrie Minoritätsbesitzerin von Industriebauaktien gewesen und Industriebau-AG. wieder war Minoritätsbesitzerin von Huta, Sody- und Eisbau-AG. Man besaß 2 Millionen Mark Industriebauaktien, die der Konzernspitze (Schultheiß) etwa 600 000 M. gekostet haben. Da der übrige 6 Millionenbesitz der Industriebauaktien sehr verpflüßert war, reichten diese 600 000 M. aus, um das ganze Industriebaukapital von 8 Millionen Mark und wahrscheinlich auch das ganze Huta-Kapital von 1,8 Millionen zu beherrschen. Wenn man sich diese Zahlenbeziehungen klar macht, versteht man, wie tonzernmäßige Machtanbahnungen großen Maßstabes möglich sind. Die Industriebauaktien wurden später gegen Aktien der Ost. für Vertriebszwecke ausgetauscht. Hierdurch

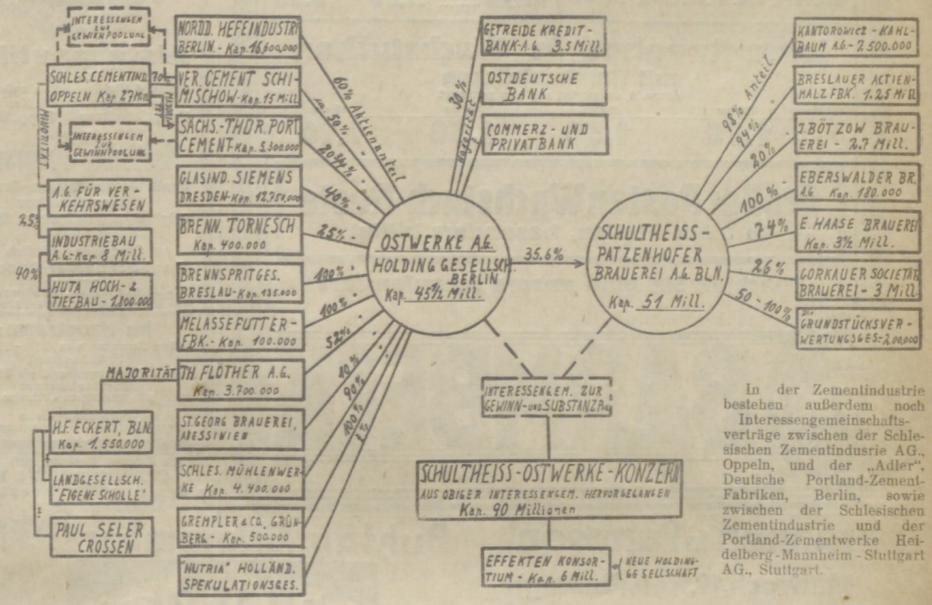
erhielt die Ostwerke Ost. Einfluß auf den größten Baukonzern Deutschlands.

Nach der vorgenommenen Fusion von Ostwerke Ost. und Schultheiß-Patenhofer Ost. wurde sofort an die Gründung einer neuen Söldinggesellschaft, dem Effekten-Konzern, G. m. b. H., Berlin, gegangen. Es war vorgesehen, daß diese neue Söldinggesellschaft ihr Stammkapital weiter erhöhen sollte, um schließlich ein wichtiger, wenn nicht entscheidender Beherrschungsfaktor für den Schultheiß-Ostwerke-Konzern zu werden. Man schätzte also frohlich weiter, bis der Zusammenbruch zum Einhalten zwang.

Die negative Seite derartiger Wirtschaftszusammenballungen soll an zwei Beispielen demonstriert werden. Der Schultheiß-Ostwerke-Konzern war Großaktionär bei der H. Flöther-Maschinenbau-AG., Gassen, und diese wieder bei der Ost. S. F. Eckert, Berlin-Schönberg. Beide Firmen stellten landwirtschaftliche Maschinen her. Die Notlage der

Landwirtschaft hat zu einer Vorratsanhäufung in der Landmaschinenindustrie und damit zu einer hohen Zinsbelastung geführt. Außerdem hatte diese Industrie übermäßig stark investiert. Flöther hatte noch einen geringen Aktienbesitz und wäre wahrscheinlich mit einem zweijährigen Moratorium ausgetommen. Eckert hatte erhebliche Verluste und mußte liquidieren. Diese Verluste übertrugen sich natürlich auch auf den Großaktionär Flöther, der sich im August 1931 gezwungen sah, seine Zahlungen einzustellen. Die Flöther-Beteiligung gilt heute als wertlos, so daß der Schultheiß-Ostwerke-Konzern den größten Teil seiner Flöther-Aktien als verloren betrachten muß.

Ein Unternehmen reizt also das andere mit. Dieses Miteifern, hervorgerufen durch die unverantwortlichen Spekulationen Ludwig Kagenellenbogens, ist



ja auch der Grund für den Zusammenbruch des Schultheiß-Ostwerke-Konzerns. Brauereien, größtenteils in vorbildlicher Weise betrieblich und organisatorisch zusammengefaßt, waren mit Unternehmungen mit stark spekulativem Einschlag und erheblicher Konjunktursensibilität zusammengeworfen worden. Die in der Krise entfallenden Verluste der letzteren wirkten sich notwenigerweise auch auf die nicht gefährdeten Betriebe aus.

Den Hauptschlag bekam das Unternehmen aber durch das Kursgarantiegeschäft, das mit einem Verlust von rund 30 Millionen abschloß. Ein ganz unmündiges Abkommen hatte hier der allgewaltige Kagenellenbogen getätigt.

In einer Zeit, wo sich schon die ersten Zeichen des Niederganges der Wirtschaft bemerkbar machten, übernimmt er eine Kursgarantie von 285 %. Der Aktienaufschlag wurde teils durch ein Konjunktium der Danatbank, teils durch ein der Commerz- und Privatbank getätigt. Bei beiden Konjunktien hatte nach Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ die Gesellschaft das volle Risiko dieses Geschäftes zu tragen. Im eventuellen Gewinn hingegen war sie nur mit 40 % beim Commerz- und Privatbankkonjunktium und mit 75 % beim Danatbankkonjunktium beteiligt.

Die Verluste trug sie also vollständig, während ihr vom eventuellen Gewinn nur ein Teil zustehen sollte.

Diese Manipulation der Ostwerke, die auf Grund des Poolvertrages die Schultheiß-Gesellschaft mittelastete, ohne daß deren Direktion die Garantien kannte, war nur deshalb möglich, weil die Verträge der voneinander abhängigen Gesellschaften und die komplizierten Gemeinschaftsverträge das Gebilde unübersichtlich machten und jede Kontrolle erschwert.

Der Kranke, rein auf Spekulation aufgebaute Ostwerke Konzern reizt also den gesunden Schultheiß-Konzern mit.

Walter Buch.

das ist modern!

die Wollspitze

in einer oder mehreren aufeinander abgestimmten Farben als Garnierung des Kleides. Außerordentlich apart, kleidsam und in ungezählt reizvoller Mannigfaltigkeit.

Wie jede Neuheit, so finden Sie natürlich auch diese — kaum daß sie heraus ist — bei uns in überraschender Auswahl

und billig

also:

GEHEN SIE ZU C&A BRENNINKMEYER

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Donnerstag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!



13.50

Wundervoll abgestimmt zum matten Crêpe - Caïd ist die duftige, andersfarbige Wollspitzen-Passe des fischen Wollkleides



19.50

Eleganz und Schick, das ist der bezwingende Eindruck des Bolero - Kleides aus Flamengo, der Kragen in 2-farb. lichter Wollspitze



25.00

Aus Flamengo ein wundervolles Nachmittags-Kleid, schmiegsam in der Linie, hochschick im Aufputz: Spitze in Wolle u. Kunstseide



34.00

Anders farbige aparte Wollspitze zu schönem bouclé-artigen Stoff gibt dem Nachmittags - Kleid mit Jacke die hochmoderne elegante Note



Hamburg, Mönckebergstr. 9 Altona, Gr. Bergstraße 1-5

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

